Universitätsbibliothek

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 37 — Donnerstag, den 26. März 1931. — 44. Jahrgang

Um die Vertagung des Reichstages.

Sitzung des Aeltestenrats.

Berlin, 25. März.

Der Aeltestenrat des Reichstages hielt eine Sitzung ab, der eine Besprechung des Präsidenten und einiger Vertreter der Parteien mit dem Reichskanzler vorausging. Hauptgegenstand der Beratungen des Aeltestenrates war die Frage der Reichstagsvertagung, über die aber noch keine Uebereinstimmung erzielt wurde.

Dem Aeltestenrat wurde der Wunsch der Regierung vorgetragen, den Reichstag bis zum Oktober zu vertagen. Ein Beschluß wurde noch nicht gefaßt, da verschiedene Fraktionen noch zu dieser Frage Stellung nehmen wollen. Es gilt aber als wahrscheinlich, daß eine Mehrheit für die Vertagung bis zu einem bestimmten Tag im Oktober zustande kommt. Eine frühere Einberufung des Reichstags wäre dadurch nicht unmöglich gemacht, da eine Mehrheit immer die Einberufung durchsetzen kann.

Der Arbeitsplan für die nächsten Tage ist vom Aeltestenrat so eingeteilt worden, daß die Arbeiten des Reichstages am Freitag abgeschlossen werden können. Einige Reste und die Schlußabstimmung werden erst am Mittwoch erledigt. Weiter wurde im Aeltestenrat über den Antrag verhandelt, das Bülow-Bild aus dem Reichstag zu entfernen. Der Aeltestenrat hat sich dahin geeinigt, daß das Bild hängenbleibt.

Schenkervertrag und Osthilfegesetz.

Drei Minister reden im Reichstag.

Berlin, 24. März.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 12 Uhr.

Eingegangen ist ein Antrag des ärztlichen Ehrengerichts auf Genehmigung zur Einleitung eines Verfahrens gegen den Abg. Dr. Moses (Soz.). — Der Antrag wird dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen.

Das Haus nimmt zunächst die dritte Lesung des Reichshaushaltsplanes für 1931 vor.

Reichsfinanzminister Dietrich

macht sich den Kompromißantrag zur Frage der Sparermächtigung zu eigen. Er weist ausdrücklich darauf hin, daß sich diese Ermächtigung nicht erstreckt auf diejenigen Etatsansätze, die auf gesetzlich festgelegten Ansprüchen beruhen. Diese Ansprüche können, wie er hervorhebt, nur auf dem von der Verfassung vorgesehenen Wege geändert werden.

Zu den Bedenken der Vertreter des Westens, daß die in den außerordentlichen Haushalt eingesetzten 10 Millionen Mark für Westhilfe deshalb vielleicht nicht zur Verfügung stehen könnten, weil der Verkauf der reichseigenen Grundstücke möglicherweise nicht erfolgen könne, erklärt der Minister, daß mit dem Verkauf dieser Grundstücke wahrscheinlich doch zu rechnen sei.

Darauf werden die einzelnen Haushaltspläne zur dritten Beratung gestellt.

Beim Haushalt des Reichsinnenministeriums

hebt Abg. **Grube** (Komm.) die Notwendigkeit hervor, der körperlichen Erziehung der arbeitenden Jugend mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Die Sozialdemokratie aber stelle sich gegen den Arbeitersport.

Angenommen wird eine Entschließung, in der die Länderregierungen ersucht werden, die Verpflichtung zur Einstellung von Versorgungsanwärtern durchzuführen. Beim

Haushalt des Reichsarbeitsministeriums

verweist Abg. **Schumann**-Thüringen (Komm.) auf die letzten Verhandlungen der Regierung mit den Regierungsparteien. Schon wieder werde der Versuch gemacht, den neuen Milliardenfehlbetrag durch weitere Einsparungen in Höhe von 600 Millionen Mark beim Sozialetat zu verringern.

Ohne Aussprache wird der Haushalt des Reichswehrministeriums in dritter Lesung erledigt. Die Abstimmungen über die Panzerschiffersatzbauten werden zurückgestellt. Sie sollen am Mittwoch erfolgen. Ebenso soll am Mittwoch abgestimmt werden über einen inzwischen von der kommunistischen Reichstagsfraktion eingebrachten Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung.

Abg. **Chwalek** (Komm.) bringt beim

Haushalt des Reichsverkehrsministeriums

Beschwerden über die Lohnpolitik der Reichsbahn vor.

Der Redner zitiert aus der Rede des Verkehrsministers vom 19. Februar die Bemerkung, daß der Minister vom Abschluß des Schenker-Vertrages völlig überrascht worden sei, und daß die Reichsbahnverwaltung seine konkreten Fragen bisher nicht beantwortet habe. Angeblich sei der Vertreter des Verkehrsministeriums im Verwaltungsrat der Reichsbahn rechtzeitig über die Dinge unterrichtet worden. Wenn davon dem Minister keine Kenntnis gegeben worden sei, so müsse man fragen, wie der Minister ein solches Vorgehen zu sühnen gedenke.

Reichsverkehrsminister von Guerard

erklärt:

Ich habe vorher keine Kenntnis von dem Vertrag gehabt. (Hört! Hört!) Ich habe dann aber selbstverständlich den Vertrag eingefordert. Er greift ohne Zweifel erheblich in die Wirtschaftsverhältnisse weiter Kreise ein, was insbesondere die außerordentlich zahlreichen Einsprüche und Wünsche beweisen.

Bei der Bedeutung des Vertrages habe ich selbstverständlich mit der Reichsbahn wiederholt über die Angelegenheit verhandelt. Die Regierung wird sich nunmehr erneut mit dem Vertrag beschäftigen und ihre Beschlüsse werden auch öffentlich bekanntgegeben werden. Auf eine Zwischenfrage betont er erneut, daß nach Auffassung der Reichsregierung der Vertrag der Genehmigung der Regierung bedürfe und ohnedies zwischen den Parteien rechtsunwirksam sei.

Die Abstimmung wird zurückgestellt.

Es folgt die zweite Beratung des Osthilfegesetzes und der damit verbundenen Gesetze.

Minister Treviranus

führt aus: Die Osthilfe habe die doppelte Aufgabe, den in ihrer wirtschaftlichen Lebensfähigkeit bedrohten Gebieten neue Lebenskraft zur Wiederaufnahme ihrer gestörten Wirtschaftsbeziehungen zuzuführen, und ferner, die Landwirtschaft nach Möglichkeit vor den Gefahren zu bewahren, die veränderte Absatzbedingungen und Rückgang aller landwirtschaftlichen Preise bei steigenden Lasten ohne umfassende Hilfe bringen würden. Es sei beabsichtigt, den jetzigen Geltungsbereich der Hilfsmaßnahmen möglichst umfangreich auszudehnen, sobald die Erleichterung der Finanzlage des Reiches die Möglichkeit hierzu eröffne; eine Gewähr, daß von dieser Möglichkeit schon im nächsten Jahr auf weiten Gebieten Gebrauch gemacht werde, könne er jedoch nicht übernehmen.

Zur landwirtschaftlichen Entschuldung

erklärt der Minister, die Regierung habe die zahlreicher Pläne zur wirksamen Hilfe durch allgemeine Lastensenkung eingehend geprüft, sie aber verwerfen müssen, da die sehr großen Mittel von etwa 321 Millionen Mark bei 3 v. H. Gutschrift des Einheitswertes aus der Reichskasse hierfür nicht zu beschaffen seien. Die Regierung habe deshalb an der Kredithilfe durch Darlehen mit planmäßiger Entschuldung festgehalten.

Trotz schwerer berechtigter Bedenken habe sich die Reichsregierung entschlossen, auf die Einnahmen aus der Industrieaufbringungsumlage für die nächsten Jahre im Reichshaushalt zu verzichten. Dadurch sei die Möglichkeit gegeben, der Industriebank ein Zweckvermögen von 500 Millionen Mark zur Ablösung der landwirtschaftlichen Personalschulden in den östlichen Gebieten zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus sollten 200 Millionen Mark durch Schuldverschreibungen der Industriebank im Laufe der Jahre angeschafft werden.

Die bare Hilfe des Reiches beruhe auf Jahresleistungen von je 36 Millionen Mark für die Haushaltsjahre 1931 bis 1938. Weiter sollten in den Jahren 1932 bis 1936 aus dem Reichshaushalt je 50 Millionen für den Landabverkauf verschuldeter Betriebe, zur Siedlung und zur forstwirtschaftlichen Nutzung zur Verfügung gestellt werden. Der Minister betont die Einschaltung der landwirtschaftlicher Selbstverwaltung bei der Prüfung der Entschuldungsanträge und erläutert die ausgegebenen Taxrichtlinien.

Die Reichsregierung wolle sich bemühen, gerade auch besonders dem Kleinbesitz die erforderliche Hilfe angedeihen zu lassen. Die Reichsregierung müsse diese Opfer fordern weil Siechtum des Ostens das Sterben des Ganzen im Gefolge habe.

Um 7.15 Uhr wird die Weiterberatung auf Mittwoch, 12 Uhr, vertagt.

Reichsregierung wird ermächtigt.

Berlin, 24. März.

Im Unterausschuß des Haushaltsausschusses kam es über die von der Deutschen Volkspartei beantragte Sparermächtigung für die Regierung im Haushaltsgesetz zu einer Einigung. Es gelang, eine Formulierung zu finden, die auch die Zustimmung der Sozialdemokraten fand. Danach wird nicht die Reichsregierung allgemein, wie es die DVP. verlangt hatte, sondern nur die gegenwärtige Regierung Brüning ermächtigt, falls sich gegenüber dem Haushaltsvorschlag im Laufe des Etatsjahres Mehrausgaben oder Mindereinnahmen ergeben, entsprechende Einsparungen auf der Ausgabenseite vorzunehmen. Die Aenderung gegenüber dem ursprünglichen Antrag besteht also in der Beschränkung der Ermächtigung auf die jetzige Reichsregierung. Damit ist die Annahme des Gesamtetats im Reichstag mit einer großen Mehrheit, zu der u. a. sowohl Sozialdemokraten wie Deutsche Volkspartei gehören, gesichert.

Der Kanzler führte weiterhin lange Verhandlungen mit den Fraktionsführern, um die noch strittigen Fragen zu klären. Namentlich wurde die Frage erörtert, was geschehen soll, nachdem im Reichstag die Steueranträge der Sozialdemokraten angenommen worden sind. Ein parlamentarischer Ausweg zeigte sich nicht, infolgedessen ist damit zu rechnen, daß der Kampf um die Steuererhöhungen nunmehr in den Reichsrat verlegt wird.

In parlamentarischen Kreisen nimmt man an, daß die Reichsregierung sich bemühen wird, den Reichsrat zur Einlegung des Einspruchs gegen die Steuerbeschlüsse des Reichstags zu bewegen.

Hermann Müllers Aufbahrung.

im sozialdemokratischen Parteihaus.

Die Leiche des ehemaligen Reichskanzlers Hermann Müller wurde im Parteihaus der deutschen Sozialdemokratie in der Lindenstraße aufgebahrt.

Nachdem die nächsten Angehörigen des Verstorbenen Abschied genommen hatten, wurde der schwarz ausgeschlagene Ehrenraum, der mit reichem Blattgrün geschmückt ist, der Allgemeinheit zugänglich gemacht. Besonders in den Nachmittagsstunden nach dem Betriebsschluß der Fabriken setzte ein starker Zustrom der Parteigänger ein, um am offenen Sarge von ihrem Parteiführer Abschied zu nehmen.

Sechs Mitglieder des Reichsbanners halten am Sarge die Ehrenwache. Zu Häupten des Verstorbenen sieht das Banner der Deutschen Sozialdemokratischen Partei. Die Vaterstadt des Verstorbenen, Mannheim, hat einen großen Lorbeerkranz mit der Stadtschleife in den Farben Blau-Weiß-Rot niederlegen lassen. Außerdem fallen neben den vielen Kränzen der Partei-Ortsgruppen die der österreichischen Republik, der Stadt Wien und der österreichischen Gesandtschaft auf.

Wer heuchelt?

Frankreich mißt mit zweierlei Maß.

Berlin, 25. März.

Der Pariser „Temps" hat es als eine Heuchelei bezeichnet, wenn in Deutschland erklärt werde, daß die Zollunion zwischen Deutschland und Oesterreich sich durchaus im Rahmen von Paneuropa halte. Obwohl man in politischen Kreisen Berlins nicht geneigt ist, sich mit Anwürfen dieser Art auseinanderzusetzen, glaubt man doch hier einmal festhalten zu müssen, wie sehr das genannte französische Blatt mit zweierlei Maß mißt. Wenn Rumänien und Südslawien im Rahmen von Paneuropa Zollabmachungen treffen oder wenn beispielsweise in Skandinavien eine Konferenz stattfindet, die im Grunde genommen die gleichen Ziele hat, dann ist nach französischer Auffassung natürlich alles in Ordnung.

Sobald sich aber von deutscher Seite ähnliche Bestrebungen geltend machen, glaubt ein Teil der französischen Presse in altbergebrachter Weise, darin eine „Bedrohung" Frankreichs sehen zu müssen.

Im Auslande ist weiterhin darüber Klage geführt worden, daß Deutschland und Oesterreich die Nachbarländer gewissermaßen vor eine vollendete Tatsache gestellt hätten. Demgegenüber wird von zuständiger Stelle in Berlin erneut betont, daß man mit Absicht erst einen Vorvertrag geschlossen habe, um die Nachbarstaaten rechtzeitig ins Bild setzen zu können.

Im übrigen ist Deutschland ebensowenig offiziell z. B. von dem Zusammentreffen der Flottenkonferenz benachrichtigt worden, ganz abgesehen davon, daß man es auch nicht für nötig gehalten hat, nach Abschluß der Konferenz Deutschland deren Ergebnis mitzuteilen. An der Hauptrichtlinie der deutschen Politik, so betont man in maßgebenden Kreisen der deutschen Regierung, nämlich der Verständigung mit Frankreich, habe sich auch durch das Abkommen mit Oesterreich nichts geändert. Wenn man hingegen französischerseits immer nur Schwierigkeiten machen will, dann müßte man sich in Berlin überlegen, ob ein solches Verhalten auf der französischen Seite nicht zu einem ernsthaften Hindernis zur Erreichung dieses Verständigungszieles wird.

Französische Presse fordert Gegenmaßnahmen.

Paris, 25. März.

Abgesehen vom sozialistischen „Populaire", der sich zum Verteidiger des deutsch-österreichischen Abkommens macht, setzt die gesamte französische Presse ihren Kampf fort und fordert die französische Regierung auf, energisch durchzugreifen, ehe es zu spät sei. Selbst alle linksgerichteten Blätter wie das „Oeuvre" solidarisieren sich vollkommen mit der chauvinistischen Hetzpresse.

Die größte Torheit von 1919.

London, 25. März.

Der den Regierungskreisen nahestehende „Daily Herald" sagt in einem Leitartikel, daß die österreichische und die deutsche Regierung mit der Ankündigung der beabsichtigten Zollvereinigung eine Bombe in das diplomatische Europa geworfen hätten.

Man verstehe den Wunsch nach einem inneren Zusammenschluß zwischen den vielen Deutschen, die in Oesterreich leben, und der großen Masse im Deutschen Reiche selbst und habe in England volle Sympathie dafür. Die Klausel in dem Vertrage von Saint Germain, die den politischen Anschluß, verbiete, sei eine der größten Torheiten derjenigen, die den Frieden im Jahre 1919 gemacht hätten.

Die nervösen Besorgnisse Frankreichs seien phantastisch. Dr. Curtius und Dr. Schober würden aber angesichts der entstandenen Unruhe gut beraten sein, wenn sie noch ein wenig warteten.

Ruhige Auffassung in England.

Die Kommentare der Londoner Blätter lassen erkennen, daß das Abkommen zwischen Oesterreich und Deutschland ruhig aufgenommen worden ist. Die Stellungnahme Englands geht aus einer Bemerkung des Wiener Korrespondenten des „Daily Telegraph" hervor, in der gesagt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219310326-14/fragment/page=0001

Italien prüft das deutsch-österreichische Abkommen.

Rom, 25. März. Die „Agenzia Stefani" teilt mit: Es trifft zu, daß die italienische Regierung an die österreichische Regierung das Ersuchen um Aufklärung gerichtet hat, um die genaue Tragweite dieses Abkommens kennenzulernen. Im Besitz der verlangten Unterlagen über das Abkommen und die Nebenfragen beauftragte die italienische Regierung die zuständigen Stellen mit der Prüfung, auf Grund deren sie sich die spätere Bekanntgabe ihrer Auffassung vorbehält.

wird, daß der englische Gesandte an dem Schritt Frankreichs, der Tschechoslowakei und Italiens nicht teilgenommen, sondern erklärt habe, daß England gar nicht interessiert sei.

Amerikas Presse stimmt zu.

Die deutsch-österreichische Zollunion wird in Amerika, soweit Presseäußerungen vorliegen, in allerfreundlichstem Sinne begrüßt. Die „New York Times" ist sogar begeistert. Das Blatt spricht von einer mutigen Tat, die zweifellos für beide Länder vorteilhaft und für die übrigen Nationen ein lehrreiches Beispiel sei. Das Abkommen sei der erste praktische Schritt rein wirtschaftlicher Art zur Bildung der von Briand angestrebten Vereinigten Staaten von Europa. Die durch den Friedensvertrag gewährleistete Unabhängigkeit Oesterreichs gebe der Wiener Regierung das unanfechtbare Recht, derartige Zollabmachungen zu treffen. Deutschland und Oesterreich hätten jetzt mit der Niederlegung der Zollmauern begonnen.

Bezeichnendes Totschweigen.

Die französische Aktenpublikation zur Kriegsschuldlüge.

Paris, 24. März.

Die französische Presse hat noch niemals einen politischen Vorgang so einheitlich und beharrlich totgeschwiegen wie die amtliche Aktenpublikation zur Kriegsschuldfrage in der Zeitschrift „L'Europe Nouvelle". Trotzdem oder vielleicht gerade darum kann festgestellt werden, daß die Veröffentlichung auch auf die französischen Rechtskreise geradezu niederschmetternd und atemberaubend gewirkt hat.

Hauptsächlich beschäftigt man sich mit der Frage, was den Quai d'Orsay gerade in diesem Augenblick zu diesen als Angriff gegen die Rechte gewerteten Maßnahmen veranlaßt haben könnte. In Briand feindlichen Kreisen meint man, daß nur innerpolitische Erklärungen möglich und genügend stichhaltig seien.

Die Beweisführung

ist dabei etwa folgende: Briand habe sich gegen die Bedränger Luft schaffen und seine persönliche Stellung gegenüber dem Kriegsminister Maginot stärken wollen. Sowohl der Außenminister selbst wie Berthelot seien persönliche Feinde Poincarés, während Maginot dem ehemaligen Ministerpräsidenten sehr nahe stehe und stets auf dem Standpunkt der poincaristischen Außenpolitik verblieben sei. Nun habe man gerade Maginot als Präsidentschaftskandidaten der Rechten vielfach in den Vordergrund geschoben und gegen Briand ausspielen wollen. Ebenso sei die äußerste Rechte bestrebt gewesen, einen direkten Schlag gegen Briand zu führen. Man habe den Weg gewählt, den engsten und intimsten Vertrauensmann des Außenministers, den augenblicklichen Leiter des „Journal offiziell", Georges Peycelon, in dieser Woche vor den parlamentarischen Untersuchungsausschuß zu laden. Gleichzeitig hätten die führenden Persönlichkeiten dieses Ausschusses, Marin und Mandel, recht deutlich zu verstehen gegeben, daß sie diese Gelegenheit benutzen wollten, um Briand durch das Verhör seines Freundes in starke Verlegenheit zu bringen. Die Antwort Briands sei nun vermutlich die bewußte Aktenpublikation, die die französischen Rechtskreise natürlich schwer treffen müsse. Von linker Seite habe man die Absicht, eine Art Wahlkartell für die Präsidentschaft zu bilden, wobei man angeblich daran denke, die Kandidatur Briands gegen die Rechte zu stützen.

Wichtig ist und bleibt für Deutschland die Tatsache, daß der Kreis der unentwegten französischen Chauvinisten den Enthüllungen über die Kriegspolitik Poincarés vollkommen hilflos gegenübersteht.

Deutsche Tagesschau.

Die Erhebung der Ledigensteuer.

Das Reichsfinanzministerium weist darauf hin, daß die Arbeitgeber auf Grund der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 verpflichtet sind, den Zuschlag zur Lohnsteuer der ledigen Arbeitnehmer, der ursprünglich am 31. März 1931 außer Kraft treten sollte, bis zum 31. März 1932 — also für das ganze Rechnungsjahr 1931 — weiterzuerheben. Der Zuschlag beträgt bei Tantiemen, Gratifikationen und anderen einmaligen Einnahmen 1 v. H., die gesamte Lohnsteuer also 11 v. H. der einmaligen Einnahmen. Bei laufenden Bezügen ist der Ledigenzuschlag wie bisher zu berechnen.

Die Lage in Thüringen.

Nachdem die sozialdemokratische Landtagsfraktion Mißtrauensanträge gegen Staatsminister Dr. Frick und Staatsrat Marschler eingebracht hat, wird sich der Aeltestenrat mit der Frage befassen, ob diese Mißtrauensanträge noch vor Ostern behandelt werden sollen. Es wird angenommen, daß die DVP. diesen Mißtrauensanträgen zustimmen wird. Den Grund für diese Annahme gibt eine Aeußerung, die aus Kreisen der DVP. in der vorigen Woche fiel, daß die DVP. bei der Stellung evtl. Mißtrauensanträge durch eine andere Partei sich gegenüber der bisherigen Regierungskoalition freie Hand vorbehalte. Bei der gespannten Lage zwischen Nationalsozialisten und DVP. ist damit zu rechnen, daß Dr. Frick und Dr. Marschler aus der Regierung ausscheiden werden.

Weimar, 25. März. Der Aeltestenrat des Thüringer Landtages hat mit Zustimmung der Deutschen Volkspartei beschlossen, für den 1. April eine Vollsitzung anzuberaumen und die sozialdemokratischen Mißtrauensanträge gegen die nationalsozialistischen Kabinettsmitglieder Dr. Frick und Marschler auf die Tagesordnung zu setzen.

Auslands-Rundschau.

Die Enteignung der deutschen Domkirche in Riga abgelehnt.

Der Gesetzentwurf über die Enteignung der deutschen Domkirche in Riga wurde im lettländischen Parlament nach lebhafter Aussprache abgelehnt. Die Abstimmung ergab 28 Stimmen für die Enteignung gegen 18 Stimmen aller Minderheitsabgeordneten bei 32 Stimmenthaltungen. Da die Enthaltungen in Lettland als Gegenstimmen gerechnet werden, betrug das Ergebnis der Abstimmung 50 gegen 28 Stimmen. 22 Abgeordnete blieben der Abstimmung fern.

Die Haushaltsberatungen im Pariser Senat.

Im französischen Senat begannen die Beratungen über den Haushalt für 1931/32. Man rechnet damit, daß die Generalaussprache zwei Tage in Anspruch nimmt, und daß am Mittwoch in die Einzelberatung der Artikel eingetreten werden kann. In parlamentarischen Kreisen befürchtet man schon jetzt, daß der Haushalt bis Ende März nicht zur Verabschiedung gelangen wird, und man sich daher wohl oder übel zu einem provisorischen Zwölftel entschließen muß. Man nimmt an, daß der Senat bis Ende des Monats mit den Beratungen zu tun haben wird und daß die ersten Tage des April sodann mit der zweiten Lesung in der Kammer und im Senat ausgefüllt werden.

Deutsch-französische Hochschulkonferenz in Dijon.

In Dijon wurde die deutsch-französische Konferenz eröffnet, die von der internationalen Studentenhilfe organisiert wird. An der Konferenz nehmen 70 Vertreter der beiden Länder teil. Die Eröffnungsrede hielt der Rektor der Universität, Terracher. Professor Mannhardt von der Universität Marburg hielt sodann ein Referat über das Thema „Die Universität und die internationalen Fragen". Die Arbeiten der Konferenz werden am Donnerstag abgeschlossen.

Kein bindendes Abkommen zwischen Liberalen und Arbeiterpartei?

In einer zweistündigen Sitzung des liberalen „Schattenkabinetts" legte Lloyd George seine weiteren Pläne hinsichtlich der Politik der Liberalen dar, die gegen vier Stimmen gutgeheißen wurden. Es verlautet, daß der Gedanke eines bindenden Abkommens mit der Arbeiterpartei aufgegeben worden ist. Die Liberalen wollen in ihrer Unabhängigkeit beharren, sie sind jedoch bereit, die Regierung zu unterstützen, wenn sie gewisse Pläne der Liberalen hinsichtlich der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durchführt.

Ein Jahr österreichische Politik.

Schober-Rede in Dresden.

Dresden, 25. März.

Der österreichische Vizekanzler und Außenminister Dr. Schober hielt im Festsaal des Hygienemuseums einen Vortrag über „Ein Jahr österreichischer Politik" und weihte gleichzeitig die dem Deutschen Hygienemuseum vom österreichischen Staat geschenkte Büste des Pioniers der sozialen Hygiene, Johann Peter Frank, ein. Dr. Schober betonte zu Beginn seiner Ausführungen, daß zwischen Deutschland und Oesterreich nicht genug Fäden gesponnen werden könnten. Er erinnerte an die Niederwerfung des Generalstreiks im Juli 1927. Seit diesem Tage habe man in Oesterreich nach einer Aenderung der Verfassung und nach Wiederherstellung der Autorität der Regierung gerufen. Dieser Wendepunkt in der Geschichte Oesterreichs habe aber leider die bedauerliche Erscheinung gebracht, daß die Heimwehren und die republikanische Schutzgarde aufrüsteten, um eventuell den Kampf der Gegensätze mit der Waffe auszutragen. Im Sommer 1929 sei dieser Kampf bis zur Siedehitze geraten. Deshalb habe er energisch eingegriffen. Nach acht Wochen zähesten Kampfes sei die Verfassungsreform bereits angenommen gewesen. Durch sie sei das Vertrauen der Welt zu Oesterreich wieder zurückgekehrt.

Nach schweren Kämpfen habe er die Befreiung Oesterreichs von den Reparationsverpflichtungen und von allen sonstigen materiellen Lasten aus dem Vertrag von St. Germain erreicht, und zwar durch die Unterstützung Englands und Italiens und schließlich auch Frankreichs. Dr. Schober kam weiter auf seinen Besuch in Rom zu sprechen, der von ungeahnter günstiger Auswirkung gewesen sei. Man habe in Paris größtes Verständnis dafür gehabt, daß er in so energischer Weise für sein Land eingetreten sei. Es sei ihm der Abschluß einer Anleihe geglückt. In London habe er vor allem den schlechten Informationsdienst über Oesterreich verbessert und wenige Zeit darauf eine weitere Anleihe auch dort untergebracht. Dank seiner Bemühungen in Oesterreich sei der Arbeitsfriede in den Betrieben wiederhergestellt worden.

Auch in dem kleinen Oesterreich, so schloß Dr. Schober, sei Gelegenheit gegeben, nicht nur dem österreichischen, sondern auch dem ganzen deutschen Volk zu dienen. Es werde heißes Bemühen der Oesterreicher bleiben, als treue Ekkeharde mitzuarbeiten, daß dem deutschen Volk sein Recht und sein Platz an der Sonne wieder gesichert würden.

Kleine politische Meldungen.

Vor deutsch-englischen Bergbauverhandlungen in Berlin. Der englische Bergbauminister Shinwell wird sich am 28. März in Berlin aufhalten und mit dem Reichsarbeitsminister über einige Fragen sprechen, die mit der internationalen Regelung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau zusammenhängen.

Volksbefragung wegen der neuen Tabaksteuer in der Schweiz. Die von den Kommunisten angeregte Volksbefragung gegen die neue Tabak- und Zigarettensteuervorlage ist mit 44 000 beglaubigten Unterschriften zustande gekommen.

Das Urteil im Madrider Kriegsgerichtsprozeß. In dem Prozeß gegen das revolutionäre Komitee vor dem Kriegsgericht in Madrid wurde das Urteil gefällt. Sämtliche Angeklagten wurden zu je sechs Monaten und einem Tag Gefängnis verurteilt.

18 800 indische politische Gefangene freigelassen. Auf Grund des Gandhi—Irwin-Abkommens sind, wie aus Neu-Delhi berichtet wird, seit dem 5. März 18 800 politische Gefangene in Freiheit gesetzt worden.

Aus der Umgegend

Nebra, 26. März.

— **Zur Konfirmation.** Ergänzend zu unserer Veröffentlichung der diesjährigen Konfirmanden in Nebra teilen wir noch mit, daß die Schüler Otto-Hellmuth Stolze und Kurt Günther aus Nebra am Montag, dem 23. März, in der Kirche der Staatlichen Bildungsanstalt zu Naumburg konfirmiert worden sind. Desgleichen wird der Schüler Gottfried Schmiedehausen zu Palmarum in der St. Wenzel-Kirche zu Naumburg a. S. eingesegnet.

— **Fürs Volksbegehren** findet am kommenden Sonnabend abends 8 Uhr im Saale des Schützenhauses eine öffentliche Kundgebung statt. Seitens der Ortsgruppenführung des „Stahlhelm", Bund der Frontsoldaten, ist als Sprecher für den Abend Herr Dr. Steinbrecht-Freyburg gewonnen worden. Es ergeht der Ruf an alle vaterländisch gesinnten Einwohner von Nebra und Umgegend, durch ihr Erscheinen an der Versammlung zu dokumentieren, daß sie mitwirken wollen an der Aufklärung der Volksmassen, damit das Volksbegehren ein voller Erfolg werde.

— **Die Not um Arbeit.** Von der Meldestelle Nebra des Arbeitsamts Halle wurden in der letzten Woche 322 Erwerbslose ausgezahlt. Daraus entfallen auf Nebra 150. Die übrigen verteilen sich auf die umliegenden Ortschaften wie folgt: Altenroda 11, Carsdorf 18, Großwangen 11, Kleinwangen 22, Liederstedt 16, Reinsdorf 37, Spielberg 3, Steigra 8, Vitzenburg-Pretitz 21, Weißenschirmbach 23, Wetzendorf 7, Wippach 3, Zingst 2. Bei Nebra kommen noch ca. 100 Wohlfahrtsempfänger hinzu.

— **Sonntagssonderzüge.** Die Reichsbahndirektion Erfurt hat für diesen Sommer wieder mehrere Sonntagssonderzüge, die auch von hier aus benutzt werden können, vorgesehen. Der Fahrpreis liegt unter zwei Drittel des Personenzugfahrpreises. Folgende Züge sind vorgesehen: am 5. Juli: Erfurt —Sömmerda—Sangerhausen (Anschluß von Roßleben und Frankenhausen) nach Wannsee—Potsdam. 19. Juli: Arnstadt (Anschluß von Ilmenau und Stadtilm) —Erfurt—Artern nach Dessau-Wörlitz. 23. August: Weißenfels—Naumburg—Bad Sulza—Buttstädt—Kölleda—Sömmerda Weißensee nach dem Brocken.

— **Hilfsschulen und Alkohol.** Einen bemerkenswerten Beitrag zu der Frage, in welchem Umfange der Alkoholismus der Eltern und Voreltern Schuld daran ist, wenn Kinder den normalen Anforderungen der Volksschule nicht mehr genügen, und deshalb Hilfsschulen zugeführt werden müssen, liefert eine Ermittlung der Merseburger Regierung. Durch eine Umfrage bei sämtlichen Schulräten des Bezirks hat sie festgestellt, daß bei 217 von 1565 Hilfsschülern des Bezirks, d. h. bei jedem 7. Hilfsschulkind oder bei 13% aller Fälle, Trunksucht der Eltern oder der Großeltern als Ursache geistiger Minderweitigkeit in Frage kommt. Am ungünstigsten liegen die Verhältnisse in den größeren Städten des Bezirks.

— **Ueberangebot an der Pädagogischen Akademie.** An der Pädagogischen Akademie in Halle a. S., die erst seit einem Jahre besteht, fanden in diesen Tagen die Aufnahmeprüfungen statt. Von rund 400 Abiturienten, die sich um die Aufnahme beworben hatten, konnten nur 300 zur Prüfung zugelassen werden. Von diesen wurden dann etwa 60 Herren und 20 Damen als Studierende für die kommenden Semester aufgenommen. Alle anderen mußten zurückgewiesen werden, da der vorgesehene Ausbau der Akademie auf eine Zahl von 300 Studierenden noch nicht erfolgt ist.

— **Autofahrer haftet auch bei „Gefälligkeitsfahrten" im Auto.** Wenn ein Autofahrer aus Gefälligkeit jemanden mitnimmt, so wird dadurch nach einem Urteil des Reichsgerichts seine Haftung gegenüber dem Insassen nicht ausgeschlossen. Auch bei einer Gefälligkeitsfahrt, so heißt es in der Entscheidung, habe der Autofahrer zum mindesten für Körperverletzungen, die durch seine grobe Fahrlässigkeit entstanden seien, Schadenersatz zu leisten. Bei Gefälligkeitsfahrten sei ein stillschweigender Ausschluß der Haftung des die Gefälligkeit Erweisenden zwar öfter für die Gefährdungshaftung, aber nur unter besonderen Umständen für Haftung aus Verschulden anzunehmen. Bei Fehlen besonderer Anhaltspunkte sei daher der Ausschluß der Haftung jedenfalls für grobes Verschulden zu verneinen.

— **Gemeinden und Hilfskräfte bei den Finanzämtern.** Der Reichsfinanzminister hatte durch Erlaß vom 24. Dezember 1930 die ihm unterstellten Behörden angewiesen, u. a. auch von den politischen Gemeinden Mittel zur Einstellung von Hilfskräften für die Aufarbeitung der Steuerbelege zu fordern, da das Reich mit Rücksicht auf seine Finanzlage Hilfskräfte nicht mehr halten könnte. Auf Beschwerde der kommunalen Spitzenverbände hin, daß die Gemeinden wegen ihrer bedrängten Finanzlage dazu noch weniger imstande seien, hat nunmehr der Reichsfinanzminister die ihm unterstellten Behörden ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß eine besondere Einwirkung auf die politischen Gemeinden in dieser Hinsicht unterbleibt.

Ziegelroda. In Ziegelroda wurden im vergangenen Jahre 7 Kinder getauft, 1 Paar getraut und 6 Personen beerdigt. Abendmahlsgäste 165. 1930 betrug die Zahl der Konfirmanden 3.

Heldrungen. Der Uebergang zum Selbstanschluß im Telefonverkehr beim Postamt Heldrungen ist auf den 1. Mai festgesetzt worden.

Voigtstedt. Ueber die Kunstmühle Voigtstedt ist das Konkursverfahren verhängt worden. Konkursverwalter ist Bücherrevisor Grüneberg, Artern.

Rothenschirmbach. In der Nähe des Bahnhofes Helfta wurde am Sonntag morgen die Leiche eines etwa 18jährigen Mannes aufgefunden. Aus den vorgefundenen Papieren wurde festgestellt, daß es sich bei dem Toten um den Sohn des Amtsvorstehers Berndt in Rothenschirmbach handelt. Der junge Mann, der in Merseburg beschäftigt ist, hatte am Sonnabend seine Eltern besucht. Er war gegen Abend von Hause fortgegangen und ist nicht zurückgekehrt. Der Grund zur Tat — es liegt Selbstmord vor — konnte nicht ermittelt werden.

Weißenfels. Auf der Naumburger Straße wurden zwei Radfahrer von einem Lastkraftzug, der sie überholen wollte, erfaßt und auf das Pflaster geschleudert. Der eine der Verunglückten, der 18jährige E. Kahl aus Weißenfels, erlitt einen schweren Schädelbruch und starb auf dem Transport ins Krankenhaus. Der andere Radfahrer kam mit Hautabschürfungen davon.

Merseburg. Verbrechen vor 100 Jahren? — Spielende Kinder fanden beim Buddeln am Abhang des Rennowschen Gartens am Preußenring das Skelett eines etwa zehn Jahre alten Kindes, das schon hundert Jahre in der Erde gelegen haben dürfte. Die Lage des Fundes sowie das Fehlen der Beine legen die Vermutung nahe, daß hier ein Verbrechen geschehen sein muß.

Merseburg. Die Sozialdemokraten haben im Stadtparlament einen Antrag eingebracht, der fordert, der Merseburger Baugesellschaft zur Errichtung von 80 Kleinwohnungen aus den Überschüssen der städtischen Werke ein Darlehn von 100 000 Mark zur Verfügung zu stellen. Die Kosten des gesamten Bauvorhabens werden auf etwa 480 000 Mark veranschlagt, wobei man mit einem Staatszuschuß von 90 000 bis 100 000 Mark rechnet. Die restlichen Mittel sollen durch Hypotheken beschafft werden. Mit den Bauarbeiten soll spätestens am 1. April 1931 begonnen werden.

Merseburg. Die letzte Stadtverordnetensitzung nahm einen äußerst stürmischen Verlauf. Mehrmals wurden von der Zuhörertribüne Zwischenrufe laut, so daß diese geräumt werden mußte. Der Stadtverordnetenvorsteher unterbrach die Sitzung auf fünf Minuten. Nach Wiederaufnahme wurde die Debatte über kleinere Vorlagen fortgesetzt. Ein kommunistischer Antrag auf Bewilligung von Wirtschaftsbeihilfen für Erwerbslose wurde abgelehnt. Angenommen wurde dagegen der sozialdemokratische Antrag, die Vorlage dem Ausschuß zu überweisen. Eine lebhafte Debatte löste die Erhöhung des Schulgeldes für die Mittelschule aus. Stadtverordneter Rietze (NSDAP.) hatte einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, daß die Erhöhung des Schulgeldes nur für den Bau einer neuen Mittelschule Verwendung finden soll. In der Abstimmung wurde die Erhöhung des Schulgeldes und der Antrag auf Erbauung einer neuen Mittelschule abgelehnt.

Bad Dürrenberg. Die katholische Kirche wird gebaut. — Die Vorbereitungen für den Bau einer katholischen Kirche sind jetzt so weit gediehen, daß in Kürze mit der Ausschreibung der Arbeiten begonnen werden kann. Es steht nur noch die Zustimmung des Vorstandes des Bonifaciusvereins in Paderborn, der die Pflege katholischer Minderheiten übernommen hat, aus.

Leipzig. Nachts wurde in der Nähe des Thomaskirchhofs ein Polizeibeamter von einem Unbekannten angesprochen und ersucht, einem bewußtlosen Manne Hilfe zu

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219310326-14/fragment/page=0002

leisten. Als der Beamte sich nach dem Mann bückte, sprang der „Bewußtlose" plötzlich auf und griff ihm nach der Gurgel, während der zweite Unbekannte den Beamten mit einem harten Gegenstand auf den Hinterkopf schlug, so daß er bewußtlos zusammenbrach. Als der Polizeibeamte das Bewußtsein wiedererlangt hatte, ließ er durch einen Passanten das Überfallkommando herbeirufen, das die umliegenden Straßen vergeblich nach den Tätern absuchte.

Leipzig. Vom Polizeipräsidium wird mitgeteilt, daß am Freitagabend in der vom Kommunistischen Jugendverband im „Felsenkeller" veranstalteten Werbekundgebung eine von den „Roten Stürmern" dargebotene Szene eine Beschimpfung der christlichen Religion, besonders der katholischen Einrichtungen und Gebräuche, enthielt. Von den überwachenden Polizeibeamten sind daher die weiteren Darbietungen der betreffenden Truppen verboten worden.

Leipzig. Die Rauchwarenabteilung der Handelsvertretung der U. d. S. S. R. hat soeben mitgeteilt, daß die für den 13. April in Aussicht genommene Versteigerung russischer Rauchwaren nunmehr bestimmt stattfindet. Zum Angebot gelangen Waren im Werte von etwa 1½ Millionen Dollar.

Delitzsch. Gegen einen Baum fuhr ein Personenauto aus Leipzig, das auf schlüpfrigem Wege ins Schleudern geraten war. Der Autobesitzer, der selbst am Steuer gesessen hatte, mußte mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden. Das Auto ist völlig zertrümmert.

Brachwitz (Saalkreis). Der Arbeiter Wilhelm Meißner konnte in der Nähe des Brückenhäuschens am Saaleufer eine Bisamratte erlegen. Für eine erlegte Bisamratte wird eine behördliche Fangprämie gezahlt.

Erfurt. Am Sonntag hatte der Stahlhelm zu einem Kreissportfest in Forkh eines Wehrsportappells geladen. Das Fest fand seinen Abschluß durch einen Fackelzug für das Volksbegehren. Dabei kam es an mehreren Stellen der Stadt zu Störungsversuchen durch Andersdenkende. Die Polizei nahm insgesamt sieben Personen fest. Zwei der Festgenommenen, und zwar der Kutscher Fritz Krantz und der Lehrling Werner Berghof, wurden dem Gericht zur Aburteilung im Schnellverfahren zugeführt.

Weimar. Das Thüringische Volksbildungsministerium teilte dem Weimarer Gymnasialdirektor Dr. Siefert am 10. März d. J. mit, daß er zum 1. April nach Greiz versetzt werden solle. Dr. Siefert hatte bekanntlich im vergangenen Jahre, kurz nach dem Amtsantritt Dr. Fricks als Volksbildungsminister, mit diesem einen Streit wegen des Verbotes nationalsozialistischer Schülerbünde. Der Streit endete damit, daß Dr. Siefert nachgab. Es erscheint berechtigt, diese Versetzungsmaßnahme mit dem erwähnten Streit in Verbindung zu bringen. Wie die nationalsozialistische Presse zu der Angelegenheit mitteilt, müsse es als zweifelhaft betrachtet werden, ob das Kabinett jetzt Dr. Frick zu seiner Maßnahme die Zustimmung geben werde.

Erfurt. Vermißt wird sei Montag, dem 16. März, der Fachvermittler beim hiesigen Arbeitsamt Josef Diehl, geb. 1888 zu Linz a. Rh. — Seit 21. d. M. ist der Elektrikerlehrling Ernst Eible, geb. 1913 zu Altenheim, wohnhaft in Erfurt, Schillerstraße 13, verschwunden. Der Vermißte fuhr am genannten Tage gegen 7.30 Uhr nach seiner Lehrstelle, wo er aber nicht eingetroffen ist.

Bad Blankenburg (Thür.) Die Straße von Allendorf nach Schwarzburg ist jetzt wieder eisfrei geworden. Das Kreisamt Rudolstadt hat daher die Freigabe des unteren Schwarzatals zwischen Bad Blankenburg und Schwarzburg für alle Kraftfahrzeuge wieder zurückgezogen. Vom 24. März ab muß wieder der Umweg über Rottenbach-Allendorf ins Schwarzatal gemacht werden.

Saalfeld. Vielversprechende Jugend. — In die elterliche Wohnung nicht wieder zurückgekehrt sind zwei Schüler des hiesigen Realgymnasiums, die am Sonnabend einer Versammlung der Hitlerjugend in Gotha beigewohnt hatten. Man nimmt an, daß sie wegen Nichtversetzung in der Schule nach dem Ausland, und zwar nach Belgien, geflüchtet sind.

Caaschwitz b. Bad Köstritz. Im Flurteil „Großer Stein" finden seit einiger Zeit vorgeschichtliche Ausgrabungen statt. Man hat bereits das Hockergrab eines sogenannten Schnurmenschen freigelegt. Es wurden eine Anzahl Knochen, Schädel, Urnen, Schalen und Feuersteingegenstände entdeckt.

Bitterfeld. Der Tod auf den Schienen. — Auf den Schienen der Strecke Bitterfeld—Roitzsch wurde am Montag vormittag die Leiche des 16 Jahre alten Schlosserlehrlings Oskar Engelhardt aus Bitterfeld aufgefunden. Dem Toten war die Schädeldecke zertrümmert worden. Man nimmt an, daß er sich in selbstmörderischer Absicht vor einen Zug geworfen hat.

Nordhausen. Neuer Landrat. — Der Innenminister hat zum kommissarischen Landrat des Kreises Ilfeld Dr. Middelhause ernannt. Der neue Landrat gehört der SPD. an und kommt aus dem Kreis Neurode.

Nordhausen. Die Stadtsparkasse hat eine Neuerung eingeführt, die auch anderwärts Nachahmung finden dürfte. Auf Wunsch läßt sie nämlich die Sparbeträge in der Wohnung der Sparer abholen.

Salza b. Nordhausen. Der vierjährige Knabe Kurt Schwab, der kurz vor einem Personenauto die Straße überqueren wollte, wurde von dem Wagen erfaßt und überfahren. Auf dem Transport in die Klinik starb der Knabe.

Die Leiche des 26 Jahre alten Landwirts Steinicke aus Pützlingen, der seit einigen Tagen vermißt wurde, ist aus dem Mühlgraben bei Pützlingen geborgen worden. Es handelt sich um Freitod.

Magdeburg. Vor dem Magdeburger Erweiterten Schöffengericht wurde gegen drei Angestellte der Krupp-Gruson-Werke, nämlich den Techniker Walter Mieth, den Konstrukteur Erich Baer und den Konstrukteur Ernst Kallenbach verhandelt. Die Angeklagten hatten seinerzeit widerrechtlich Zeichnungen, Pläne und Lichtbilder aus dem Werk mit nach Hause genommen. Zahlreiches Material wurde in den Wohnungen gefunden. Zunächst sollte nun Anklage wegen Werkspionage erhoben werden. Es konnte aber nur Anklage wegen Diebstahls, Unterschlagung und Betruges erhoben werden. Alle drei Angeklagten erklärten, keinen Betrug oder ein sonstiges Verbrechen beabsichtigt zu haben. Sie wollen das Material nur zu ihrer eigenen Fortbildung mit nach Hause genommen haben. Ein Teil der Sitzung, in welchem die Zeichnungen und Betriebsgeheimnisse durchgesprochen wurden, war nicht öffentlich. Das Gericht verurteilte sie nur wegen Fälschungen in den Kontrollisten zu sechs bzw. sieben Monaten Gefängnis. Die Gefängnisstrafe gilt bei beiden Angeklagten als verbüßt. Baer erhielt außerdem eine Geldstrafe von 300 Mark.

Osterode (Altmark). Das rätselhafte Verschwinden des Arbeiters Packebusch beschäftigt die Behörden fieberhaft. Da man vermutete, Packebusch habe den Tod im Freiberger Kolk gefunden, wurde der ganze Graben ausgepumpt, eine Tätigkeit, die die Feuerwehr mehrere Stunden ununterbrochen beschäftigte, ohne jedoch ein Ergebnis zu zeitigen. Nunmehr will man das ganze in Frage kommende Gelände durch Magdeburger Schupo noch einmal eingehend untersuchen lassen. Der Arbeiter Rau, der unter Mordverdacht im Stendaler Gefängnis sitzt, beteuerte nach wie vor seine Unschuld.

Neues aus aller Welt.

Zwei Blinde mit Gas vergiftet tot aufgefunden. In der Oranienstraße 83 zu Berlin wurden der erblindete Korbmacher Franz Handke und die erblindete Helene Lohka mit Gas vergiftet tot aufgefunden. Obwohl die Untersuchung noch nicht abgeschlossen ist, wird angenommen, daß Selbstmord vorliegt.

Schiffszusammenstoß bei Rügen. Eine schwere Schiffskollision hat sich bei Arkona (Insel Rügen) ereignet. Bei dichtem Nebel wurde der Frachtdampfer „Olga" der Reederei Matthis A.-G., Hamburg, mit Stückgütern von Hamburg nach Danzig unterwegs, von dem Dreimastschoner „Elisabeth Bergmann" gerammt. Die „Olga" erlitt schwere Beschädigungen, u. a. ein mehrere Meter großes Loch an der Steuerbordseite; außerdem sind viele Spanten gebrochen. Da die Beschädigungen über Wasser liegen, konnte das Schiff mit eigener Kraft den Hafen Swinemünde erreichen. Die „Elisabeth Bergmann" erlitt ebenfalls Beschädigungen. Auch dieses Schiff hat vorläufig den Swinemünder Hafen aufgesucht.

Etwa 80 durch Nebel aufgehaltene Dampfer in Hamburg eingetroffen. Die „Bremen" erreichte den Hamburger Hafen, nachdem sie durch den Nebel mehr als 24 Stunden Verspätung erlitten hatte. — Ferner trafen im Hamburger Hafen etwa 80 Schiffe von der Unterelbe ein, die durch den Nebel aufgehalten wurden. Gegen Mittag war das Hapag-Motorschiff „Havelland" auf Grund geraten, konnte aber wieder flott werden und die Reise nach Hamburg fortsetzen. Von den Schiffen, die im Nebel zusammenstießen, traf der italienische Dampfer „Alseri" im Hafen ein. Er hat durch den Zusammenstoß Unterwasserschaden erlitten und zeigte infolge des eingedrungenen Wassers Schlagseite. Das holländische Motorschiff „Poellau Roebiah" ist mittschiffs getroffen worden. Außerdem sind das Hapagmotorschiff „Sauerland", die Bremer Dampfer „Elster" und „Orotava" mit leichten Plattenschäden sowie die englischen Dampfer „Garth Castle" und „Lapwing" gleichfalls leicht beschädigt nach Hamburg gekommen. Der schwedische Dampfer „Solfrid", der nach einem Zusammenstoß mit dem Lloyddampfer „Orotava" sinkend auf Grund gesetzt wurde, ist in Begleitung von Bergungsdampfern in den Cuxhavener Hafen eingelaufen. Das Schiff wird in Cuxhaven ausgebessert.

Kraftwagenunfall des Fürsten Johann zu Schwarzenberg. Der 69jährige Fürst Johann zu Schwarzenberg erlitt in Bischofteinitz im Böhmerwald einen Kraftwagenunfall. Sein Wagen geriet beim Ausweichen auf gefrorenem Schnee ins Schleudern und fuhr gegen einen Baum. Der Fürst erlitt eine schwere Gehirnerschütterung und Verletzungen am rechten Auge. Die Aerzte hoffen, daß das schwerverletzte Auge gerettet werden kann. Der Leibarzt und der Chauffeur erlitten leichtere Verletzungen. Die Verwundeten wurden auf Schloß Passty gebracht, das der Fürst besuchen wollte.

Selbstmord eines höheren Beamten im polnischen Generalstab. Ein höherer Zivilbeamter der zweiten Abteilung des polnischen Generalstabes in Warschau hat aus bisher noch unbekannten Gründen Selbstmord begangen. Einige Minuten nachdem er im Büro seinen gewohnten Platz am Schreibtisch eingenommen hatte, zog er plötzlich seinen Revolver und jagte sich eine Kugel durch den Kopf. Er wurde in bewußtlosem Zustande ins Krankenhaus überführt.

Schwarzer Tag der englischen Luftstreitkräfte. Wiederum ist ein Flugzeug der englischen Luftstreitkräfte bei Leuchars in Schottland brennend abgestürzt. Der Führer, ein Fliegerleutnant, kam in den Flammen um. — Bei Suleimania stürzte ein Bombenflugzeug des im Irak stationierten Geschwaders ab, wobei zwei Offiziere den Tod fanden.

Vor einer großen Katastrophe im Erdrutschgebiet? Der Erdrutsch bei Rüchegg nimmt immer größeren Umfang an. In weitem Umkreise mußten zahlreiche Dörfer und Häuser von ihren Bewohner geräumt werden. Da die Erdspalten sich weiter verbreitern, befürchtet man, daß eine Katastrophe unabwendbar ist.

Das dritte Opfer der Lemförder Verkehrskatastrophe. An den Folgen der Verletzungen, die er bei dem Verkehrsunglück am Bahnhof Lemförde erhielt, wo ein Personenzug den Lastkraftwagen der Delmenhorster Kammgarnspinnerei am Bahnübergang überrannte, ist nunmehr auch der Kraftwagenführer Georg Harms im Diepholzer Krankenhaus gestorben. Damit hat das Verkehrsunglück drei Todesopfer gefordert.

Plötzlicher Sommer in England. Eine „Hitzewelle", wie sie im März seit 1848 in England nicht zu verzeichnen war, herrscht hier. Die Londoner Parks sind von Menschen überfüllt, die sich des plötzlichen Sommers freuen. Tausende strömen zum Wochenende nach den Seebädern. Die Temperatur erreichte in London im Schatten 25 Grad Celsius, während in der Sonne bis zu 37 Grad gemessen wurden.

Wieder ein englisches Kampfflugzeug abgestürzt. Ein Flugzeug des 19. Kampfgeschwaders stürzte in der Nähe von Luton (England) ab und ging in Flammen auf. Der Unfall ereignete sich wenige Stunden nach dem Unfall eines anderen Flugzeuges des gleichen Geschwaders. In dem zweiten Fall gelang es jedoch dem Führer, sich aus den Wrackteilen des Flugzeuges zu retten, ehe die Explosion erfolgte.

Manöverunfall eines englischen Linienschiffs. Während der englischen Flottenmanöver wurde das 28 500 Tonnen große Linienschiff „Malaya" von einem Uebungstorpedo getroffen und stark beschädigt. Es mußte infolgedessen nach England zurückkehren, wo die Reparatur im Trockendock vorgenommen wird.

Balchen sucht nach weiteren Ueberlebenden der „Viking". Der bekannte Kriegsflieger und Fallschirmabspringer Balchen ist mit seiner Amphibien-Maschine in Boston zu seinem Hilfsflug für die noch vermißten „Viking"-Leute nach Neufundland gestartet. Das Wetter für seinen Flug ist außerordentlich ungünstig, da schwere Stürme von Neufundland gemeldet wurden.

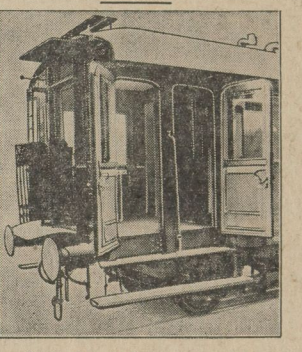
Das Urteil im Wiener Mordprozeß.

Bauer freigesprochen.

Wien, 25. März.

Im Prozeß gegen den Ingenieur Bauer, der seine Geliebte unter sensationellen Umständen ermordet haben sollte, verlas der Obmann der Geschworenen um 23 Uhr den in einstündiger Beratung gefällten Wahrspruch der Geschworenen. Die erste Hauptfrage auf Mord wurde mit fünf Ja und sieben Nein beantwortet. Ebenso die Zusatzfrage auf Raub. Damit entfielen die beiden anderen Hauptfragen.

Diese Mitteilung des Geschworenen-Obmanns, die den Freispruch Bauers enthält, wurde im Saal mit lärmenden Kundgebungen für und gegen Bauer aufgenommen, so daß der Saal geräumt werden mußte. Der Staatsanwalt beantragte die sofortige Enthaftung Bauers. Die Kundgebungen setzten sich auf der Straße fort, so daß die Polizei gezwungen war, einzuschreiten.



Neukonstruierte Personenzugwagen.

Unser Bild zeigt die Doppeltür an den neuen 3. Klassewagen. Bei den erfolgreich durchgeführten Probefahrten, bei denen eine Stundengeschwindigkeit bis zu 140 Kilometern erreicht wurde, mußte man die neue Konstruktion in jeder Hinsicht bewundern.

Der Arbeitsmarkt in Mitteldeutschland

Geht es wieder aufwärts?

Der Höhepunkt der winterlichen Arbeitslosigkeit scheint mit der ersten Märzhälfte überwunden zu sein. Die Entwicklung der Arbeitsmarktlage wurde in der Berichtszeit jedoch noch stark von der Witterung beeinflußt. Frost und Schneewetter verhinderte noch die allgemeine Arbeitsaufnahme in der Land- und Forstwirtschaft, im Bau- und Verkehrsgewerbe. Bereits zurückgerufene Saisonarbeiter wurden infolge der kalten Witterung der letzten Tage erneut dem Arbeitsmarkt zugeführt. Am 15. März wurden im Bereiche des Landesarbeitsamts Mitteldeutschland **457 948 Arbeitsuchende** (Vorjahr 308 748) gezählt. Die Zahl der Arbeitsuchenden ist also gegen Anfang des Berichtsmonats nur um 485 Personen gefallen, trotzdem allein das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe einen Abgang von 1292, das Bekleidungsgewerbe von 928, die chemische Industrie von 552, das Holz- und Schnitzstoffgewerbe von 461 Personen zu verzeichnen hatte. Diese Rückgänge wurden durch das Absinken der Beschäftigungskurve der Metallindustrie, des Bergbaues, des Verkehrsgewerbes und der Ungelernten — Zugang in der Metallindustrie 1092, im Bergbau 480, im Verkehrsgewerbe 431 und Ungelernte 542 Personen — fast aufgehoben. Obgleich der Bergbau größere Einstellungen von Verladepersonal für Briketts vornehmen konnte, wurde die Rohtöhlenförderung für den Industriebedarf weiter eingeschränkt. Der Abgang im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe ist auf den Rückruf von 1474 Tabakarbeitern und -arbeiterinnen zurückzuführen. Dieser Rückgang konnte sich nicht zahlenmäßig in dieser Berufsgruppe voll auswirken, da ein Teil der Schokoladenfabriken nach Fertigstellung der Osteraufträge die zur Aushilfe eingestellten Kräfte freigab.

Von den vorhandenen 457 948 Arbeitsuchenden erhielten 238 485 = 52,1 v. H. (Vorjahr 219 406 = 71,0 v. H.) versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung und 74 227 = 16,2 v. H. (Vorjahr 23 610 = 7,6 v. H.) Unterstützung aus Mitteln der Krisenfürsorge. Die Zahl der Unterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung ist in der Berichtszeit um 6001 Person gefallen, während die Krisenfürsorge einen Zugang von 5482 Hauptunterstützungsempfängern zu verzeichnen hatte. Außer diesen Unterstützungsempfängern erhielten noch 19 582 Personen aus Mitteln der Reichsanstalt eine Kurzarbeiterunterstützung.

Abbau der Begabtenförderung in Preußen.

Vor noch nicht Jahresfrist verabschiedete der Preußische Landtag das Gesetz über das Schulgeld an den öffentlichen höheren Schulen (Schulgeldgesetz). Das Gesetz regelte die Höhe des Schulgeldes in der Weise, daß es den dritten Teil der Kosten nicht übersteigen darf, die ein Schüler einer öffentlichen höheren Schule jeweils durchschnittlich verursacht. Diese Regelung bedeutete gegenüber den bis dahin geltenden Schulgeldsätzen vielerorts eine Erhöhung, doch war in dem Gesetz eine Bestimmung enthalten, die diese für viele Eltern unangenehme Ueberraschung schmackhafter machen sollte. Es war nämlich vorgesehen, daß von dem tatsächlichen Schulgeldaufkommen mindestens ein Viertel zur Förderung begabter minderbemittelter Schüler bereitgestellt werden sollte. Bisher hatte für diesen Zweck nur ein Fünftel des Schulgeldaufkommens zur Verfügung gestanden. Die Neuregelung bedeutete, daß jährlich etwa 1,2 Millionen Mark mehr als bisher für die Begabtenförderung Minderbemittelter hätten verwandt werden können. Leider war diese von weiten Volkskreisen begrüßte Möglichkeit, in verstärktem Maße ihren Kindern eine bessere Schulbildung mit auf den Weg zu geben, nur von kurzer Dauer. Der Fehlbetrag im preußischen Haushalt zwingt zu einschneidenden Sparmaßnahmen. Ihnen ist nun auch die erweiterte Begabtenförderung, nachdem sie noch nicht einmal ein Jahr besteht, zum Opfer gefallen. Die Regierungsparteien haben einen entsprechenden Gesetzentwurf eingebracht, der bereits vom Landtag verabschiedet worden ist. Die bittere Pille soll dadurch etwas versüßt werden, daß man den Abbau der Begabtenförderung zunächst nur für zwei Jahre in Aussicht genommen hat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219310326-14/fragment/page=0003

Aus dem Preußischen Landtag.

Severing über die Reparationszahlungen.

Berlin, 24. März.

Im Preußischen Landtag griff der preußische Minister des Innern, Severing, bei der zweiten Beratung des Haushalts des Innenministeriums in die Aussprache ein, um sich zu verschiedenen von den einzelnen Rednern angeschnittenen Fragen zu äußern. Er kam dabei auch auf die Reparationszahlungen zu sprechen und umriß seinen Standpunkt etwa wie folgt: Wenn die Reichsregierung, wie von den Rechtsparteien gefordert werde, eine Erklärung abgeben würde, sie wolle nicht weiter zahlen, so müsse man sich doch fragen, wie die darauf folgenden Maßnahmen der Gläubigerstaaten aussehen würden. Jedenfalls habe die Regierung einen viel leichteren Stand bei künftigen Verhandlungen, wenn sie vorher den guten Willen zur Erfüllung bewiesen habe.

Eine Regierung, die erkläre, sie wolle nicht erfüllen, könne auf Erleichterungen kaum hoffen. Es erscheine ihm allerdings fraglich, ob nicht vielleicht die Reichsregierung schon heute Schritte tun müsse, um eine Revision der Verpflichtungen zu erreichen. Der Minister bezeichnet die Behauptung als falsch, als hätte er in Kiel höhere Reparationszahlungen für möglich gehalten, als Ministerpräsident Braun im Landtag als äußerste Grenze angab. Er betonte, daß der Innenminister als rechter Polizeiminister heute in erster Linie dafür zu sorgen hätte, daß die Gemeinden nicht unter der Last der Wohlfahrtserwerbslosen-Fürsorge zusammenbrechen. Wenn jetzt durch eine Schwäche der Regierung begünstigt würde, daß es den Desperados von rechts und links gelinge, die Weltöffentlichkeit dahin irre zu führen, daß Deutschland vor einem neuen Bürgerkrieg stehe, dann würde der bereits nach dem 14. September bemerkte Kapitalabfluß aus Deutschland, der die Konkurrenz unmöglich machende hohe Zinsen zur Folge hatte, noch verstärkt werden.

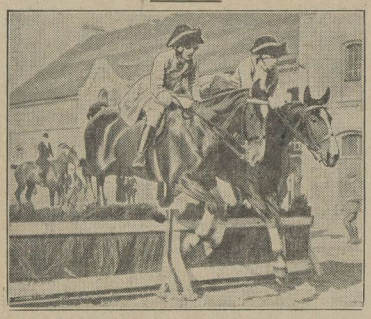
Den kommunistischen Entschließungsantrag auf Abberufung des Duisburger Oberbürgermeisters Jarres wies der Minister zurück,

wobei er es als Unfug bezeichnete, wenn Stadtverordneten-Versammlungen Mißtrauensanträge gegen ihren Oberbürgermeister annähmen.

Der Minister gibt dann nochmals seinen grundsätzlichen Standpunkt zur Beamtenpolitik dahin bekannt, daß der preußische Staat sich besonders in dieser Notzeit nicht gefallen lassen dürfe, daß er von innen heraus durch seine Beamtenschaft unterhöhlt werde.

Zum Stahlhelm-Volksbegehren auf Landtagsauflösung sagt der Minister, er stimme dem deutsch-volksparteilichen Antrag zu und gebe die darin verlangte Erklärung ab, daß die preußischen Beamten sich in die Listen einzeichnen und an der Agitation teilnehmen dürften, „soweit dabei nicht die den Beamten durch ihre besonderen Pflichten gesetzten Grenzen überschritten werden". Mit dieser von der Volkspartei selbst formulierten Einschränkung werde der Antrag erfüllt werden.

Es sei geschmacklos, zu sagen, die Minister des Reichs und Preußens klebten an ihren Plätzen. In dieser Notzeit müsse zwar jeder auf dem Posten ausharren, auf den das Vertrauen des Volkes ihn stellte. Revidiere das Volk seine Anschauung, dann würden die Minister nicht an ihren Posten kleben, sondern, allerdings mit anderen Waffen als die Rechte, aber frei von der Bürde, die sie in schwerer Zeit getragen haben, einmal wieder agitieren.



Winterabschiedsreiten der Deutschen Reiterschule.
Paarspringen in friderizianischer Uniform auf Gut Düppel bei Berlin.

Kohlen

Futter- und Düngemittel, Saat-Gerste

halte stets auf Lager und gebe zu billigsten Preisen jeden Posten ab. — Bestellungen auf

Saatkartoffeln und Kohlen

(Sommerpreis) nehme stets entgegen

Hermann Bauer, Nebra a. U.

Der oberschlesische

Wanderer

Verlag: Gleiwitz / Gegründet 1828

Bei weitem verbreitetste Tageszeitung Oberschlesiens Erfolgreichstes Anzeigenblatt

Zwangsversteigerung.

Donnerstag, den 26. März 1931, mittags 12 Uhr, versteigere ich in **Nebra**, Versteigerungslokal Hotel zur Burg,

1000 Zigarren,
12 Paar Filzpantoffeln,
20 Paar Filzsocken,
36 wollene Vorhemdchen,
24 wollene Leibchen,
14 Schlafdecken,
24 Einsatzhemden,
25 Oberhemden,
10 kg Wolle,
70 Flaschen Wein,
60 kg Gemüse- und Fruchtkonserven,
25 Arbeitshosen,
25 Schlosserjacken,
10 Strickwesten,
75 Paar Strümpfe usw.

öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung.

Schalle,
Oberaerichtsvollzieher.

Wer verkauft sein Haus

evtl. mit Geschäft oder sonst. Anwesen hier oder Umgebung? Nur Angebote direkt vom Besitzer unter B. 30 an den Verlag der **„Vermietungs- und Verkaufszentrale", Frankfurt a. Main**, Goethepatz 22.

Drucksachen
aller Art
in geschmackvoller, sauberer Herstellung liefert billigst die
Buchdruckerei W. Sauer
Roßleben

Sommer-sprossen

werden unter Garantie durch **VENUS** (Stärke B) beseitigt. Preis ℳ 2.75

In Nebra: Adler-Drogerie

Einen solchen Ansturm haben die Läden kaum je erlebt! In vielen Fällen war Sanella schon nach ein paar Stunden restlos ausverkauft .... Aber das ist ja auch erklärlich: noch nie gab es eine so wundervolle Margarine zu so niedrigem Preis! Von vielen tausend Hausfrauen wird jetzt Sanella begeistert verbraucht. Überzeugen Sie sich selbst und auch Sie werden zufrieden sein.

Sanella MARGARINE

35 ₰ das ½ Pfund

DIE FEINE PREISWERT WIE KEINE

SN5-126

Sonnabend, den 28. März, abds. 8 Uhr

findet im **Schützenhaus Nebra** eine

Oeffentliche Kundgebung für das Stahlhelm-Volksbegehren

statt. Es spricht

Herr Dr. Steinbrecht, Freyburg.

Die nationalgesinnte Einwohnerschaft von Nebra und Umgebung wird hierzu herzlichst eingeladen.

Der Stahlhelm

Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten
Ortsgruppe Nebra.

Zur Konfirmation und zu jeder Feier im eignen Heim empfiehlt **gutgepflegtes**

Oettler-Bier in Siphons

zu 5, 10 und 15 Litern

R. Janda
Schützenhaus

Für Palmarum empfehle:

Prima Maststierfleisch
Schweine- und Kalbfleisch

Ia gekochten Schinken, Mortadella, Jagdwurst und Sardellen-Leberwurst

Karl Otto, Fleischermeister.

Hauslämmer

gesund und frohwüchsig gibt jetzt ab

Rittergut Nebra a. U.

Konditorei „Zur Burg"

Empfehle zur **Konfirmation** und zum **Osterfest**

ff. Gebäck, Torten etc.

Anstich von Pschorrbräu (auch in Flaschen)
und Oettler-Bier
Siphons zu 5 und 10 Litern

Wein zu billigsten Preisen!

Wir empfehlen

zur Konfirmation und zum Osterfest

Weißwein

Gaubickelheimer	Flasche RM.	1.10
Niersteiner	„ „	1.30
Liebfraumilch	„ „	1.80

Rotwein

Dürkheimer-Feuerberg	Flasche RM.	0.95
Montague de la Paz	„ „	1.10
Tarragona	„ „	1.50

Frucht-Konserven

Erdbeeren	2-Pfund-Dose RM.	1.90
Kirschen	2-Pfund-Dose „	1.40
Pflaumen	2-Pfund-Dose „	0.72
Ananas in Scheiben	2-Pfund-Dose „	1.20

Getrocknete Früchte

Pflaumen	Pfund nur	32 ₰
Pflaumen, Ia. Qualität	Pfund 50 und	60 „
Aprikosen	Pfund nur	70 „
Pfirsiche	Pfund nur	70 „
Mischobst	Pfund nur	60 „
Birnen	Pfund nur	70 „

Thams & Garfs
Nebra a. U. Breitestr. 21

200
entzückende Modelle
für Ihr neues Kleid nach
BEYERS MODEFÜHRER
Frühjahr / Sommer 1931
Bd. I Damenkleidung 1.90, Bd. II Kinderkleidung 1.20
Beide mit großem Doppelschnittbogen
Verlag Otto Beyer · Leipzig-Berlin

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219310326-14/fragment/page=0004

Universitätsbibliothek

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 37 — Donnerstag, den 26. März 1931. — 44. Jahrgang

Um die Vertagung des Reichstages.

Sitzung des Aeltestenrats.

Berlin, 25. März.

Der Aeltestenrat des Reichstages hielt eine Sitzung ab, der eine Besprechung des Präsidenten und einiger Vertreter der Parteien mit dem Reichskanzler vorausging. Hauptgegenstand der Beratungen des Aeltestenrates war die Frage der Reichstagsvertagung, über die aber noch keine Uebereinstimmung erzielt wurde.

Dem Aeltestenrat wurde der Wunsch der Regierung vorgetragen, den Reichstag bis zum Oktober zu vertagen. Ein Beschluß wurde noch nicht gefaßt, da verschiedene Fraktionen noch zu dieser Frage Stellung nehmen wollen. Es gilt aber als wahrscheinlich, daß eine Mehrheit für die Vertagung bis zu einem bestimmten Tag im Oktober zustande kommt. Eine frühere Einberufung des Reichstags wäre dadurch nicht unmöglich gemacht, da eine Mehrheit immer die Einberufung durchsetzen kann.

Der Arbeitsplan für die nächsten Tage ist vom Aeltestenrat so eingeteilt worden, daß die Arbeiten des Reichstages am Freitag abgeschlossen werden können. Einige Reste und die Schlußabstimmung werden erst am Mittwoch erledigt. Weiter wurde im Aeltestenrat über den Antrag verhandelt, das Bülow-Bild aus dem Reichstag zu entfernen. Der Aeltestenrat hat sich dahin geeinigt, daß das Bild hängenbleibt.

Schenkervertrag und Osthilfegesetz.

Drei Minister reden im Reichstag.

Berlin, 24. März.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 12 Uhr.

Eingegangen ist ein Antrag des ärztlichen Ehrengerichts auf Genehmigung zur Einleitung eines Verfahrens gegen den Abg. Dr. Moses (Soz.). — Der Antrag wird dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen.

Das Haus nimmt zunächst die dritte Lesung des Reichshaushaltsplanes für 1931 vor.

Reichsfinanzminister Dietrich

macht sich den Kompromißantrag zur Frage der Sparermächtigung zu eigen. Er weist ausdrücklich darauf hin, daß sich diese Ermächtigung nicht erstreckt auf diejenigen Etatsansätze, die auf gesetzlich festgelegten Ansprüchen beruhen. Diese Ansprüche können, wie er hervorhebt, nur auf dem von der Verfassung vorgesehenen Wege geändert werden.

Zu den Bedenken der Vertreter des Westens, daß die in den außerordentlichen Haushalt eingesetzten 10 Millionen Mark für Westhilfe deshalb vielleicht nicht zur Verfügung stehen könnten, weil der Verkauf der reichseigenen Grundstücke möglicherweise nicht erfolgen könne, erklärt der Minister, daß mit dem Verkauf dieser Grundstücke wahrscheinlich doch zu rechnen sei.

Darauf werden die einzelnen Haushaltspläne zur dritten Beratung gestellt.

Beim Haushalt des Reichsinnenministeriums

hebt Abg. Grube (Komm.) die Notwendigkeit hervor, der körperlichen Erziehung der arbeitenden Jugend mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Die Sozialdemokratie aber stelle sich gegen den Arbeitersport.

Angenommen wird eine Entschließung, in der die Länderregierungen ersucht werden, die Verpflichtung zur Einstellung von Versorgungsanwärtern durchzuführen. Beim

Haushalt des Reichsarbeitsministeriums

[illegible] (Komm.) auf die letz- [illegible] Regierungspar- [illegible] nacht, den neuen [illegible] rungen in Höhe [illegible] zu verringern.

[illegible] des Reichswehr- [illegible] e Abstimmungen [illegible] urückgestellt. Sie [illegible] ll am Mittwoch [illegible] von der kom- [illegible] en Mißtrauens-

[illegible] eriums [illegible] hsbahn vor.

[illegible] Verkehrsministers [illegible] r Minister vom [illegible] berrascht worden [illegible] e konkreten Fra- [illegible] lich sei der Ver- [illegible] waltungsrat der [illegible] errichtet worden. [illegible] gegeben worden [illegible] ein solches Vor-

[illegible] huerard

[illegible] dem Vertrag ge- [illegible] selbstverständlich den Vertrag eingefordert. Er greift ohne Zweifel erheblich in die Wirtschaftsverhältnisse weiter Kreise ein, was insbesondere die außerordentlich zahlreichen Einsprüche und Wünsche beweisen.

Bei der Bedeutung des Vertrages habe ich selbstverständlich mit der Reichsbahn wiederholt über die Angelegenheit verhandelt. Die Regierung wird sich nunmehr erneut mit dem Vertrag beschäftigen und ihre Beschlüsse werden auch öffentlich bekanntgegeben werden. Auf eine Zwischenfrage betont er erneut, daß nach Auffassung der Reichsregierung der Vertrag der Genehmigung der Regierung bedürfe und ohnedies zwischen den Parteien rechtsunwirksam sei.

Die Abstimmung wird zurückgestellt.

Es folgt die zweite Beratung des Osthilfegesetzes und der damit verbundenen Gesetze.

Minister Treviranus

führt aus: Die Osthilfe habe die doppelte Aufgabe, den in ihrer wirtschaftlichen Lebensfähigkeit bedrohten Gebieten neue Lebenskraft zur Wiederaufnahme ihrer gestörten Wirtschaftsbeziehungen zuzuführen, und ferner, die Landwirtschaft nach Möglichkeit vor den Gefahren zu bewahren, die veränderte Absatzbedingungen und Rückgang aller landwirtschaftlichen Preise bei steigenden Lasten ohne umfassende Hilfe bringen würden. Es sei beabsichtigt, den jetzigen Geltungsbereich der Hilfsmaßnahmen möglichst umfangreich auszudehnen, sobald die Erleichterung der Finanzlage des Reiches die Möglichkeit hierzu eröffne; eine Gewähr, daß von dieser Möglichkeit schon im nächsten Jahr auf weiten Gebieten Gebrauch gemacht werde, könne er jedoch nicht übernehmen.

Zur landwirtschaftlichen Entschuldung

erklärt der Minister, die Regierung habe die zahlreichen Pläne zur wirksamen Hilfe durch allgemeine Lastensenkung eingehend geprüft, sie aber verwerfen müssen, da die sehr großen Mittel von etwa 321 Millionen Mark bei 3 v. H. Gutschrift des Einheitswertes aus der Reichskasse hierfür nicht zu beschaffen seien. Die Regierung habe deshalb an der Kredithilfe durch Darlehen mit planmäßiger Entschuldung festgehalten.

Trotz schwerer berechtigter Bedenken habe sich die Reichsregierung entschlossen, auf die Einnahmen aus der Industrieaufbringungsumlage für die nächsten Jahre im Reichshaushalt zu verzichten. Dadurch sei die Möglichkeit gegeben, der Industriebank ein Zweckvermögen von 500 Millionen Mark zur Ablösung der landwirtschaftlichen Personalschulden in den östlichen Gebieten zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus sollten 200 Millionen Mark durch Schuldverschreibungen der Industriebank im Laufe der Jahre angeschafft werden.

Die bare Hilfe des Reiches beruhe auf Jahresleistungen von je 36 Millionen Mark für die Haushaltsjahre 1931 bis 1938. Weiter sollten in den Jahren 1932 bis 1938 aus dem Reichshaushalt je 50 Millionen für den Landabverkauf verschuldeter Betriebe, zur Siedlung und zur forstwirtschaftlichen Nutzung zur Verfügung gestellt werden. Der Minister betont die Einschaltung der landwirtschaftlichen Selbstverwaltung bei der Prüfung der Entschuldungsanträge und erläutert die ausgegebenen Tarrichtlinien.

Die Reichsregierung wolle sich bemühen, gerade auch besonders dem Kleinbesitz die erforderliche Hilfe angedeihen zu lassen. Die Reichsregierung müsse diese Opfer fordern weil Siechtum des Ostens das Sterben des Ganzen im Gefolge habe.

Um 7.15 Uhr wird die Weiterberatung auf Mittwoch, 12 Uhr, vertagt.

Reichsregierung wird ermächtigt.

Berlin, 24. März.

Im Unterausschuß des Haushaltsausschusses kam es über die von der Deutschen Volkspartei beantragte Sparermächtigung für die Regierung im Haushaltsgesetz zu einer Einigung. Es gelang, eine Formulierung zu finden, die auch die Zustimmung der Sozialdemokraten fand. Danach wird nicht die Reichsregierung allgemein, wie es die DVP. verlangt hatte, sondern nur die gegenwärtige Regierung Brüning ermächtigt, falls sich gegenüber dem Haushaltsvorschlag im Laufe des Etatsjahres Mehrausgaben oder Mindereinnahmen ergeben, entsprechende Einsparungen auf der Ausgabenseite vorzunehmen. Die Aenderung gegenüber dem ursprünglichen Antrag besteht also in der Beschränkung der Ermächtigung auf die jetzige Reichsregierung. Damit ist die Annahme des Gesamtetats im Reichstag mit einer großen Mehrheit, zu der u. a. sowohl Sozialdemokraten wie Deutsche Volkspartei gehören, gesichert.

Der Kanzler führte weiterhin lange Verhandlungen mit den Fraktionsführern, um die noch strittigen Fragen zu klären. Namentlich wurde die Frage erörtert, was geschehen soll, nachdem im Reichstag die Steueranträge der Sozialdemokraten angenommen worden sind. Ein parlamentarischer Ausweg zeigte sich nicht, infolgedessen ist damit zu rechnen, daß der Kampf um die Steuererhöhungen nunmehr in den Reichsrat verlegt wird.

In parlamentarischen Kreisen nimmt man an, daß die Reichsregierung sich bemühen wird, den Reichsrat zur Einlegung des Einspruchs gegen die Steuerbeschlüsse des Reichstags zu bewegen.

Hermann Müllers Aufbahrung.

im sozialdemokratischen Parteihaus.

Die Leiche des ehemaligen Reichskanzlers Hermann Müller wurde im Parteihaus der deutschen Sozialdemokratie in der Lindenstraße aufgebahrt.

Nachdem die nächsten Angehörigen des Verstorbenen Abschied genommen hatten, wurde der Sarg ausgeschlagene Ehrenraum, der mit reichem Blattgrün geschmückt ist, der Allgemeinheit zugänglich gemacht. Besonders in den Nachmittagsstunden nach dem Betriebsschluß der Fabriken setzte ein starker Zustrom der Parteigänger ein, um am offenen Sarge von ihrem Parteifführer Abschied zu nehmen.

Sechs Mitglieder des Reichsbanners halten am Sarge die Ehrenwache. Zu Häupten des Verstorbenen steht das Banner der Deutschen Sozialdemokratischen Partei. Die Vaterstadt des Verstorbenen, Mannheim, hat einen großen Lorbeerkranz mit der Stadtschleife in den Farben Blau-Weiß-Rot niederlegen lassen. Außerdem fallen neben den vielen Kränzen der Partei-Ortsgruppen die der österreichischen Republik, der Stadt Wien und der österreichischen Gesandtschaft auf.

Wer heuchelt?

Frankreich mißt mit zweierlei Maß.

Berlin, 25. März.

Der Pariser „Temps" hat es als eine Heuchelei bezeichnet, wenn in Deutschland erklärt werde, daß die Zollunion zwischen Deutschland und Oesterreich sich durchaus im Rahmen von Paneuropa halte. Obwohl man in politischen Kreisen Berlins nicht geneigt ist, sich mit Anwürfen dieser Art auseinanderzusetzen, glaubt man doch hier einmal festhalten zu müssen, wie sehr das genannte französische Blatt mit zweierlei Maß mißt. Wenn Rumänien und Südslawien im Rahmen von Paneuropa Zollabmachungen treffen oder wenn beispielsweise in Skandinavien eine Konferenz stattfindet, die im Grunde genommen die gleichen Ziele hat, dann ist nach französischer Auffassung natürlich alles in Ordnung.

Sobald sich aber von deutscher Seite ähnliche Bestrebungen geltend machen, glaubt ein Teil der französischen Presse in altbergebrachter Weise, darin eine „Bedrohung" Frankreichs sehen zu müssen.

Im Auslande ist weiterhin darüber Klage geführt worden, daß Deutschland und Oesterreich die Nachbarländer gewissermaßen vor eine vollendete Tatsache gestellt hätten. Demgegenüber wird von zuständiger Stelle in Berlin erneut betont, daß man mit Absicht erst einen Vorvertrag geschlossen habe, um die Nachbarstaaten rechtzeitig ins Bild setzen zu können.

Im übrigen ist Deutschland ebensowenig offiziell z. B. von dem Zusammentreffen der Flottenkonferenz benachrichtigt worden, ganz abgesehen davon, daß man es auch nicht für nötig gehalten hat, nach Abschluß der Konferenz Deutschland deren Ergebnis mitzuteilen. An der Hauptrichtlinie der deutschen Politik, so betont man in maßgebenden Kreisen der deutschen Regierung, nämlich der Verständigung mit Frankreich, habe sich auch durch das Abkommen mit Oesterreich nichts geändert. Wenn man hingegen französischerseits immer nur Schwierigkeiten machen will, dann müßte man sich in Berlin überlegen, ob ein solches Verhalten auf der französischen Seite nicht zu einem ernsthaften Hindernis zur Erreichung dieses Verständigungszieles wird.

Französische Presse fordert Gegenmaßnahmen.

Paris, 25. März.

Abgesehen vom sozialistischen „Populaire", der sich zum Verteidiger des deutsch-österreichischen Abkommens macht, setzt die gesamte französische Presse ihren Kampf fort und fordert die französische Regierung auf, energisch durchzugreifen, ehe es zu spät sei. Selbst alle linksgerichteten Blätter wie das „Oeuvre" solidarisieren sich vollkommen mit der chauvinistischen Hetzpresse.

Die größte Torheit von 1919.

London, 25. März.

Der den Regierungskreisen nahestehende „Daily Herald" sagt in einem Leitartikel, daß die österreichische und die deutsche Regierung mit der Ankündigung der beabsichtigten Zollvereinigung eine Bombe in das diplomatische Europa geworfen hätten.

Man verstehe den Wunsch nach einem inneren Zusammenschluß zwischen den vielen Deutschen, die in Oesterreich leben, und der großen Masse im Deutschen Reiche selbst und habe in England volle Sympathie dafür. Die Klausel in dem Vertrage von Saint Germain, die den politischen Anschluß, verbiete, sei eine der größten Torheiten derjenigen, die den Frieden im Jahre 1919 gemacht hätten.

Die nervösen Besorgnisse Frankreichs seien phantastisch. Dr. Curtius und Dr. Schober würden aber angesichts der entstandenen Unruhe gut beraten sein, wenn sie noch ein wenig warteten.

Ruhige Auffassung in England.

Die Kommentare der Londoner Blätter lassen erkennen, daß das Abkommen zwischen Oesterreich und Deutschland ruhig aufgenommen worden ist. Die Stellungnahme Englands geht aus einer Bemerkung des Wiener Korrespondenten des „Daily Telegraph" hervor, in der gesagt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219310326-14/fragment/page=0005